Stadt Cottbus / mesto Chosebuz Die Oberbürgermeisterin



Vorlagen-Nr.						
StVV	IV - 010/05					
НА						

Dezernat: IV Amt: 6	Termin der Tagung: 30.03.200	Termin der Tagung: 30.03.2005				
Vorlage zur Entscheidung						
durch den Hauptausschuss		Öffentlich				
durch die Stadtverordnetenversa	mmlung	nichtöffentlich				
Beratungsfolge:	Datum		Datum			
0 0	15.02.2005	Carialas Claiskat v. Dankas d Mindark	Datum			
Beigeordnetenkonferenz Haushalt und Finanzen	15.02.2005	Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.				
	17.02.2005	Umwelt	22.02.2005			
Recht, Sicherheit, Ordnung u. Petitionen	17.03.2005	Hauptausschuss Stedtwarendnetenwarenmelung	23.03.2005			
Wirtschaft	16.02.2005	Stadtverordnetenversammlung	30.03.2005			
Bau und Verkehr	16.03.2005	Ortsbeiräte/Ortsbeirat				
Bildung, Schule, Sport u. Kultur		<u></u> ЈНА				
Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung mög Die Einzelsatzung der Stadt Cottbus übe an der Kolkwitzer Straße/Berliner Straß	ge beschließer die Erhebse in dem Be	trägen für straßenbauliche Maßnahmen ar Be/Berliner Straße en: ung von Beiträgen für straßenbauliche Mereich zwischen dem Abzweig der Kolkwauzung Berliner Straße/Schillerstraße/Less	aßnahmen itzer			
Beratungsergebnis des HA/der StVV	•	Beschluss-Nr.:				
einstimmig mit Stir	mmenmehrh	neit Sitzung am: TOP:				
		Anzahl der Ja -Stimmen:				
laut Beschlussvorschlag	Anzahl der Nein-Stimmen:	Anzahl der Nein-Stimmen:				
mit Veränderungen (siehe Nieders	schrift)	Anzahl der Stimmenthaltungen	:			

Vorlagen-Nr.: IV - 010/05

Problembeschreibung/Begründung:

Die am 14.08.2004 veröffentlichte Einzelsatzung Kolkwitzer Straße/Berliner Straße für die in der Anlage 1 zur Vorlage näher dargestellte Baumaßnahme wurde auf der Grundlage des geänderten Kommunalabgabengesetzes des Landes Brandenburg (KAG) eingebracht. Gemäß § 2 Abs. 1 KAG der geänderten Fassung des Kommunalabgabengesetzes (n. F.) kann in Satzungen über die Erhebung von Straßenbaubeiträgen anstelle des Beitragssatzes der Gemeindeanteil am veranschlagten Beitragsaufkommen nach § 8 Abs. 4 Satz 7, d. h., nur der prozentuale Anteil der Gemeinde am beitragsfähigen Aufwand angegeben werden. Nach der Begründung der Landesregierung zum Gesetzentwurf (vgl. Landesdrucksache 3/6324 S. 19 f.) zielte die Gesetzesänderung darauf ab, die sich aus der Angabe des konkreten Beitragssatzes ergebenden rechtlichen Unsicherheiten zu minimieren. Die neue Regelung sollte insbesondere beim Erlass rückwirkender Beitragssatzungen zu einer Vereinfachung des Verfahrens führen. Auf der Basis dieser Intention des Gesetzgebers wurde die am 14.08.2004 veröffentlichte Einzelsatzung Kolkwitzer Straße/Berliner Straße ohne Ausweisung eines Beitragssatzes mit Rückwirkung zum 01.01.2000 eingebracht.

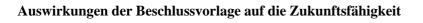
Bezüglich der o. g. Gesetzesregelung wird jedoch nunmehr diskutiert, ob diese Regelung im § 2 Abs. 1 KAG tatsächlich auch für Satzungen angewendet werden kann, die vor dem 01.02.2004 rückwirkend in Kraft gesetzt werden. Nach einer diese Auffassung verneinenden Ansicht, wirkt sich die Gesetzesänderung nur für in die Zukunft reichende Tatbestände aus, da der Gesetzgeber, wenn er auch auf die in der Vergangenheit liegenden Tatbestände hätte einwirken wollen, dieses durch eine gesetzliche Rückwirkungsanordnung hätte regeln müssen. Eine entsprechende Rückwirkungsanordnung sieht das Gesetz jedoch nicht vor.

Die Zugrundelegung der o. g. Rechtsansicht würde dazu führen, dass bei Satzungen, die rückwirkend in einen Zeitraum vor dem 01.02.2004 in Kraft treten, nicht die Regelung des § 2 Abs. 1 KAG n. F. zur Anwendung kommt, sondern gem. § 2 Abs. 1 KAG a. F. der Satz der Abgabe und somit der konkrete Beitragssatz angegeben werden muss. Da die o. g. Einzelsatzung Kolkwitzer Straße/Berliner Straße zum 01.01.2000 in Kraft getreten ist, bedarf es unter Berücksichtigung der diskutierten Rechtsauffassung der Ausweisung eines Beitragssatzes. Aus diesem Grund wird die Einzelsatzung Kolkwitzer Straße/Berliner Straße noch einmal mit der Ausweisung eines Beitragssatzes eingebracht, um die schon erfolgte Beitragserhebung zu sichern. Zusätzlich wurde ein Hinweis auf die Härtefallregelungen aufgenommen.

Hinsichtlich der Kalkulation des Beitragssatzes wird auf die Anlage 2 zur Vorlage verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:	\boxtimes	Ja	☐ Nein
1. Gesamtkosten:			
siehe Anlage 2 zur Vorlage			
2. Sicherstellung der Finanzierung:			
3. Folgekosten:			

Vorlagen-Nr.: IV - 010/05





	sehr negativ	negativ	neutral	positiv	sehr positiv
		-	0	+	++
Ökologie			X		
Ökonomie				X	
Soziales			X		
Summe	0	0		1	0

Ergebnis: + und - ergeben:

nicht nachhaltig nachhaltig

- 6	- 5	- 4	- 3	- 2	- 1	0	+ 1	+ 2	+ 3	+ 4	+ 5	+ 6
							X					